

Thomas Nern

**Der preußische Landrat als wirtschaftspolitischer Faktor:
Eine Fallstudie zum Kreis Westhavelland 1893–1907**

ABSTRACT

This contribution examines the constituency of Westhavelland (Berlin area) between 1893 and 1907 and especially the development of its businesses. Reports of local political leaders analysed the situation of the industry. They present the possibility of evaluating the position of the industry and their regional as well as international significance in that timeframe. The study shows that the local politicians mostly served the needs of the local enterprises whereas interests of other groups were only of minor interest to them. The local economic policy was constantly adapted to the

changing situation. Growing markets under the guidance of the local District Administrators (in German: "Landräte") could often be reinforced on a national level whereas disadvantageous economic developments could be readjusted. The relative independence of the local politicians enabled "systemic learning" which had its own repercussions on West-Prussian business policy. Unfavourable developments could furthermore be readjusted by renouncing on economic subsidies.

Der preußische Landrat ist eigentlich kein unbekanntes Wesen. Im 20. und 21. Jahrhundert erschienen zahlreiche Forschungsarbeiten, die sich mit diesem besonderen Verwaltungsbeamten beschäftigten. Dabei ging es unter anderem um die Mediatoren-Rolle der Landräte zwischen den regionalen Institutionen und der preußischen Zentralregierung, ihrem Beitrag zur fast schon legendären Effizienz des preußischen Staatsapparats bzw. zur männlich geprägten Vorherrschaft des Adels. Die Reihe dieser Forschungsfragen könnte fortgesetzt werden – warum also gibt es auch im Jahre 2011 noch Anlass, sich mit dieser Gruppe zu beschäftigen?

Zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst ein Exkurs in die Forschung zur preußischen und deutschen Wirtschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert notwendig, die lange von dem Streben nach Gesamtdarstellungen dominiert war.¹ Parallel entwickelten sich weitere Ansätze,

1 Die große Fülle der Literatur zum Thema kann und soll hier nicht genannt werden, lediglich einige Beispiele seien erwähnt: Gerd Hardach: Deutschland in der Weltwirtschaft 1870–1970 Eine Einführung in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Frankfurt a. M. 1977; Wilhelm Treue: Wirtschaft- und Technikgeschichte Preußens (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 56). Berlin/New York 1984; Hans-Jürgen Teuteberg: Vom Agrar- zum Industriestaat 1850–1914, in: Wilhelm Kohl (Hg.): Westfälische Geschichte, Band 3: Das 19. und das 20. Jahrhundert. Wirtschaft und Gesellschaft (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen im Provinzialinstitut für Westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe 43). Düsseldorf 1984, S. 163–311; Karl Erich Born: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs (1867/71–1914) (Wissenschaftliche Paperbacks Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 21). Stuttgart 1985; Richard H. Tilly: Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834–1914 (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart dtv 4506). München 1990; Toni Pierenkemper: Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 29). München 1994;

zum einen jene, welche die Wirtschaftsgeschichte von Regionen, Branchen, Unternehmen, technischen und strukturellen Innovationen ins Zentrum stellten, zum anderen insbesondere der von Cornelius Torp, der die Auffassung vertritt, dass der „Primat der Innenpolitik“ die Geschichtswissenschaft bisher daran gehindert habe, die internationalen Zusammenhänge zu betrachten. In seinem Buch „Die Herausforderung der Globalisierung“, untersucht Torp, „ob und wie die voranschreitende weltwirtschaftliche Integration die Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der deutschen Politik vor dem Ersten Weltkrieg veränderte“ und „inwieweit die ökonomische Globalisierung die Grundbedingungen nationalstaatlicher Politik beeinflusst“.² Dies gilt auch für die Forschung, welche sich mit der Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik beschäftigte. Diese Arbeiten konzentrierten sich allein schon aus forschungsökonomischen Gründen auf die Darstellung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen oder Trägern sowie den Versuch, diese in ihrer Funktionalität in der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung zu diskutieren.

Die Aufzählung bliebe ohne die Erwähnung von analytischen, quantitativen und statistischen Konzepten unvollständig, welche einzelne Faktoren oder auch Kombinationen wie Finanzierung oder Produktivität erkenntnisleitend definierten.³ Die Bedeutung von intermediären Instanzen, welche sozio-ökonomische Entwicklungen begleiten, Informationen und Haltungen von Interessengruppen sammeln, auswerten und Entscheidungen staatlicher Stellen vorbereiten, wurde bisher in der wirtschaftshistorischen Forschung, wenn nicht vollkommen vernachlässigt, so doch nur am Rande beachtet. Dies gilt insbesondere für die wirtschaftspolitische Bedeutung des preußischen Landrats. Zur Klärung sind neue Ansätze notwendig, die sich in der aktuellen Geschichtswissenschaft auch finden: Diese verabschiedet sich tendenziell von universalistischen und monokausalen Perspektiven. Mikrohistorische Blickwinkel erlauben heute ein vielfach differenziertes Bild geschichtlicher Vorgänge, was sich vor allem in einer zunehmenden Zahl lokal- und regionalhistorischer Studien zeigt. Doch scheint für ältere und neueste Schriften oft gleichermaßen zuzutreffen, was nach Wilhelm Treue auch noch Patrick Wagner beklagt: Viele setzen als Prämisse, was nach der empirischen

Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849–1914. München 1995; Friedrich-Wilhelm Henning: Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Band 2: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert. Paderborn u. a. 1996. Einen hervorragenden Überblick zum Forschungsstand bietet Günther Schulz u. a. (Hg.): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG, Beiheft 169) Stuttgart 2005.

2 Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 168), Göttingen 2005, S. 15.

3 Exemplarisch seien hier genannt: Walter Hoffmann: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, Abteilung Staatswissenschaft). Heidelberg/Wien/New York 1965; Friedrich-Wilhelm Henning: Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 2: Die Industrialisierung in Deutschland 1800–1914. Paderborn 1973; Gerd Hohorst: Wirtschaftswachstum und Bevölkerungsentwicklung in Preußen 1816–1914. Zur Frage demo-ökonomischer Entwicklungszusammenhänge. New York 1977; Karl Heinrich Kaufhold: Das Gewerbe in Preußen um 1800 (Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 2). Göttingen 1978; Rainer Fremdling: Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840–1879. Ein Beitrag zur Entwicklungstheorie und zur Theorie der Infrastruktur (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte 2). Dortmund 1975; Thomas Bittner: Kartelle und Wachstum im deutschen Kaiserreich: Wirtschaftshistorische Erkenntnisse und industrieökonomische Forschungsperspektiven, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2002/2, S. 137–157; Hubert Kiesewetter: Industrielle Revolution in Deutschland. Regionen als Wachstumsmotoren. Stuttgart 2004; Mark Spoerer: Steuerlast, Steuerinzidenz und Steuerwettbewerb. Verteilungswirkungen der Besteuerung in Preußen und Württemberg (1815–1913) (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 6). Berlin 2004.

Grundlegung bedürfe, heißt es in seiner Habilitationsschrift.⁴

Diese Überlegungen waren Anlass für ein Forschungsvorhaben, einen zufällig ausgewählten Kreis in Brandenburg, das *Westhavelland*, der heute in den Landkreisen Havelland und Potsdam-Mittelmark sowie der Stadt Brandenburg aufgegangen ist, im Hinblick auf dessen Wirtschaftsentwicklung im Kaiserreich zu analysieren.⁵ Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der preußische Landrat als kleinste Verwaltungseinheit und Repräsentanz des Staates vor Ort sowie wirtschaftspolitischer Akteur. Ausgehend von der bisherigen allgemeinen Forschung zum Landratsamt werden Fragen und Hypothesen formuliert und anhand von Archivmaterial quellenkritisch überprüft.

Die Gestaltung der preußischen Verwaltungsstruktur war sowohl dem Effizienzgedanken als auch der ökonomischen Realisierung von Regierungsbeschlüssen verpflichtet. Weiterhin sollten Stände und Regionen möglichst reibungsarm in die Staatspolitik integriert werden. Deshalb erhielt die regionale Verwaltung trotz kleiner Budgetierung vergleichsweise umfangreiche Kompetenzen, während die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Stände in den Provinziallandtagen strikt limitiert wurden.⁶ Dem wachsenden Bürgertum wurde so die direkte politische Teilhabe verwehrt. Diese Beschneidung kompensierte es zunächst zumindest teilweise durch die Entfaltung einer liberalen Marktwirtschaft, die im Laufe der Zeit ein essentieller Faktor des preußischen Systems wurde.

Das Zentrum der preußischen Verwaltung bildete der Landrat, der als Bindemittel zwischen königlicher Regierung und Bevölkerung diente. Seine ureigenste Pflicht war es nach Meinung vieler Wissenschaftler, zwischen den lokal herrschenden Eliten und den Unternehmern sowie der Staatsregierung zu moderieren.⁷ Andere Forscher konstatieren, der Landrat praktiziere einen paternalistischen Herrschaftsstil und walte wie ein „kleiner König“ nach eigenem Ermessen.⁸ Gleichviel, wie seine Funktion bewertet wird – die Interpretationen

- 4 Vgl. Patrick Wagner: Bauern, Junker und Beamte. Lokale Herrschaft und Partizipation in Ostelbien des 19. Jahrhunderts (Moderne Zeit 9). Göttingen 2005, S. 18; vgl. auch Karl Heinrich Kaufhold: Gewerbe, Bergbau und Industrie in der Neuzeit, in: Schulz u. a. (Hg.): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 1), S. 95–131, hier 114 f.
- 5 Bisher wird die Region selten als Kategorie der Forschung nutzbar gemacht, vgl. etwa Martin Pfannschmidt: Die Industriesiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg. Ihre Entwicklung vom Absolutismus bis zur Gegenwart und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten. Hg. von der Akademie für Landesforschung und Reichsplanung. Stuttgart 1937; Eberhard Schmieder: Wirtschaft und Bevölkerung, in: Hans Herzfeld (Hg.): Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin 3). Berlin 1968, S. 309–421; Otto Büsch: Industrialisierung und Gewerbe im Raum Brandenburg, Band II, Die Zeit um 1800/ Die Zeit um 1875 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 19). Berlin 1977; Treue: Wirtschafts- und Technikgeschichte (wie Anm. 1); Kiesewetter: Industrielle Revolution (wie Anm. 3). Eine Ausnahme bildet der unternehmenshistorische und biographische Aufsatz von Peggy Renger: Die Optische Industrie Anstalt zu Rathenow 1801–1872, <http://rcswww.urz.tu-dresden.de/~pr140583Opt.Ind.Anst.Rathenow.pdf>, letzter Zugriff 20.4.2010.
- 6 Vgl. Reinhart Koselleck: Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848 (Industrielle Welt 7). 3. Aufl., München 1989, insbesondere S. 237 f.
- 7 Vgl. u. a. Margun Schmitz: Der Landrat, Mittler zwischen Staatsverwaltung und kommunaler Selbstverwaltung. Der Wandel der funktionalen Stellung des Landrats vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert (Nomos-Universitätsschriften, Recht 59). Diss. Baden-Baden 1991; Georg Christoph von Unruh: Der Landrat. Mittler zwischen Staatsverwaltung und kommunaler Selbstverwaltung, Köln/Berlin 1966.
- 8 Vgl. Christiane Eifert: Paternalismus und Politik. Preußische Landräte im 19. Jahrhundert (Theorie und Geschichte der Bürgerlichen Gesellschaft 20), Münster 2003. Erwähnenswert ist, dass bereits die ältere Forschung die Rolle des Landrats als „Vater des Kreises“ diskutierte, vgl. u. a. von Unruh: Landrat (wie Anm. 7), S. 55 ff.

hierzu sind zahlreich –, an der herausragenden Stellung der preußischen Landräte änderte sich zwischen dem 18. Jahrhundert und 1945 nur wenig.⁹ Er vereinigte in seinem Amt zahlreiche Aufgaben: Im 18. Jahrhundert dominierten noch militärische und polizeiliche, wie etwa die Rekrutierung von Soldaten, die Gewährleistung von Verkehrswegen, Brandschutz, Armenfürsorge und Steuereintreibung. Außerdem hatte der Landrat das Wirtschaftsleben in seinem Gebiet zu überwachen, was hergebrachten Verwaltungsidealen entgegenkam.¹⁰ Während des 19. Jahrhunderts wuchs sein Verantwortungsbereich weiter: Er übernahm die Rolle einer politischen Polizei und überwachte Parteien und Vereine. Der Landrat leitete zudem kommunale Ämter und die Kreispolizeibehörde. Schließlich schuf und wachte er über die amtlichen Rahmenbedingungen der regionalen Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie.¹¹

Landräte agierten also sowohl im Auftrag der preußischen Staatsregierung als auch in dem der Kommunen. Ihnen eröffneten sich nicht nur durch die Vielzahl von Aufgaben, sondern auch durch die uneindeutige, bürokratische Zuordnung verhältnismäßig weite Gestaltungsmöglichkeiten. Zudem ist es ein konstitutives Merkmal des Landratsamtes, dass es ungeachtet der großzügigen Kompetenzausstattung, die sich zwischen 1815 und 1918 nur marginal änderte, relativ wenigen Dienstvorschriften unterworfen war.¹² Ein Landrat hatte somit in der bürokratischen Hierarchie keine klar definierte Zuordnung und hatte zudem nur sehr wenigen Regularien zu beachten, wie er welche Dienste auszuführen und zu dokumentieren hatte. Die wenigen Instruktionen forderten von den Landräten intensive persönliche Kommunikation mit den Bewohnern, deren Ziel der Aufbau eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Amt und Bevölkerung war. Das Ideal war der Landrat als „Ratgeber“.¹³

Dies implizierte oft einen Zielkonflikt, denn je erfolgreicher er diese Anforderung erfüllte und je eloquenter er für die lokalen Interessen stritt, desto wahrscheinlicher tauchten Konflikte mit vorgesetzten Instanzen auf. Im Gegensatz zu dieser liberalistischen Amtsdefinition stand die spartanische Mittelausstattung. Landräte waren in der Regel auf eigene Einkünfte angewiesen, um das Amt adäquat auszufüllen, denn die staatliche Alimentierung deckte zumeist kaum die anfallenden Kosten. Dies bot ebenfalls häufig Anlass für Auseinandersetzungen mit übergeordneten Behörden.¹⁴ Dieses widersprüchliche Bild führt zu der Frage, welche soziologischen Merkmale die Gruppe der Landräte aufwies.

Zu Beginn seiner Geschichte war das Landratsamt ein von Adeligen ausgeübtes Ehrenamt. Später wurde der Landrat von den Provinziallandtagen gewählt.¹⁵ Ein Kandidat war nur dann akzeptabel, wenn er im fraglichen Landkreis Grundbesitz und ein hinreichendes Vermögen nachweisen konnte, das seinen Unterhalt gewährleistete. Verwaltungskennnisse waren im Bewerbungsverfahren von nachrangiger Bedeutung. Verfügte ein Kandidat zu-

9 Vgl. v. a. von Unruh: Landrat (wie Anm. 7); Thomas Klein: Zur Verwaltungsgeschichte der Provinz Sachsen. Preußische Landräte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Oswald Hauser (Hg.): Vorträge und Studien zur preußisch-deutschen Geschichte (Neue Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte 2). Köln u. a. 1983, S. 251-324; Schmitz: Landrat (wie Anm. 7); vgl. auch kritisch dazu: Eifert: Paternalismus (wie Anm. 8).

10 Vgl. Eifert: Paternalismus (wie Anm. 8), S. 39–44; Olaf Wirth: Das preußische Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Ein Beitrag zu seiner Entstehungsgeschichte. Diss. München 1962, S. 2 f.; Schmitz: Landrat (wie Anm. 7), S. 41 f. Für Wirtschaftsfragen war bis Anfang des 19. Jahrhunderts vielerorts noch die sogenannte „Wohlfahrtspolizei“ verantwortlich.

11 Vgl. Eifert: Paternalismus (wie Anm. 8), S. 55–95.

12 Vgl. ebenda, S. 56–58.

13 Vgl. von Unruh: Landrat (wie Anm. 7), S. 49–51; Schmitz: Landrat (wie Anm. 7), S. 51–57.

14 Vgl. Eifert: Paternalismus (wie Anm. 8), S. 69–91; von Unruh: Landrat (wie Anm. 7), S. 57 ff.

15 Vgl. von Unruh: Landrat (wie Anm. 7), S. 57 ff.

dem über eine adelige Herkunft und eine respektable Persönlichkeit, war ihm die Mehrheit im Provinziallandtag sicher. Gewählt wurden Landräte für eine mehrjährige Amtszeit, die nicht selten zu einer Lebensstellung wurde. Die Schnittmenge dieser Merkmale garantierte Adeligen lange die Dominanz unter den Landräten, was in Relation zur rückläufigen wirtschaftlichen Potenz des Adels eine herausragende Machtstellung bedeutete. Daran änderte sich zunächst auch nichts, als sie im Laufe des 19. Jahrhunderts zu staatlichen Beamten wurden.¹⁶ Schließlich gelang es Bürgerlichen vermehrt erst seit der Reichsgründung, in diese adelige Domäne einzudringen: Um 1900 entstammten rund 40 Prozent der Landräte dem Bürgertum.¹⁷ Dieser Befund bezüglich der Schichtzugehörigkeit gestattet jedoch nicht die Schlussfolgerung, Landräte – insbesondere diejenigen mit adeliger Herkunft – wären einfach die „Erfüllungsgehilfen“ bzw. Transmissionsinstanz ihrer jeweiligen Schichtinteressen gewesen. Zur Untersuchung dieser Frage ist es notwendig, ihre Arbeit näher zu betrachten.

Diese Feststellungen führen zu weiteren Fragen: Wie wurde der Konflikt zwischen der Rolle des staatlichen „Erfüllungsgehilfen“, der vermeintlich die Interessen der ortsansässigen Adelsfamilien vertrat, und des Ratgebers der Einwohner gelöst? Waren für den Landrat die Zugehörigkeit zur eigenen Schicht und deren Interessen das entscheidende Kriterium oder nahm er die Belange der Einwohner in doppeltem Sinne wahr? Nämlich zum einen, indem er sie überhaupt zur Kenntnis nahm und zum anderen, indem er sie schützte? Sah er seinen Bereich als Teil eines Ganzen, für das eine einheitliche Politik zu betreiben war, oder erkannte und vertrat er die lokalen Interessen und Besonderheiten? War er sich bewusst, Teil einer zunehmend globalisierten Welt zu sein, in der keiner für sich agieren konnte, sondern jedes Handeln Wechselwirkungen nach sich zog? Bemühte sich der Landrat in seinen Berichten um eine objektive Darstellung, oder gab es Anhaltspunkte dafür, dass er gezielt auswählte, um eine bestimmte Position zu stützen und damit die Interessen von bestimmten Gruppen wie dem Feudaladel zu vertreten? Präferierte er wirtschaftspolitische Maßnahmen bzw. adjustierte diese neu, wenn sich die ökonomischen Verhältnisse nicht wie beabsichtigt entwickelten?

Zur Klärung dieser Fragen wurden Quellen aus dem ausgewählten Landkreis, dem Westhavelland, ausgewertet, die Auskunft über die Arbeit der Landräte geben. Die Quellen- und Archivrecherchen für das Forschungsprojekt gestalteten sich aufwendig und zeitraubend.¹⁸ Das archivalische Material ist außerordentlich heterogen, von immensem Umfang und stammt aus zahlreichen Archiven – Kreis- und Landesarchiven sowie dem Bundesarchiv, privaten Sammlungen und Firmenarchiven. Es umfasst Aktenbestände preußischer Behörden auf allen Ebenen: Akten von Landratsämtern, Regierungspräsidien der Kreise, Oberpräsidien der preußischen Provinzen und preußischen Ministerien, Landrats-Nachlässe, private Korrespondenzen, lokale und regionale Zeitungsberichte und vieles andere mehr. Allerdings sind viele Vorgänge nur fragmentarisch erhalten, sei es aus strukturellen Gründen, sei es infolge mutwilliger Zerstörung, und eignen sich nicht oder nur sehr eingeschränkt für eine systematische Auswertung. Positiv ist, dass eine Serie jährlicher Landratsberichte über die Lage der Industrie aus dem Landkreis Westhavelland im Zeitraum von 1893 bis 1907 eruiert wurde, die eine geeignete Grundlage für die weitere Untersuchung darstellt.

Der Quellenwert der Landratsberichte ergibt sich schon daraus, dass die Landräte seit 1859 für die Beschaffung von statistischen Daten zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung zuständig waren.¹⁹ Diese Statistiken zu Demographie, Wirtschaftsleistung, Steuern usw.

16 Vgl. ebenda, S. 49–51; Schmitz: Landrat (wie Anm. 7), S. 51–57.

17 Vgl. Eifert: Paternalismus (wie Anm. 8), S. 97 ff.

18 An dieser Stelle möchte ich Dr. Marina Sassenberg für ihre hervorragende Unterstützung bei den Archivrecherchen danken. Danken möchte ich auch dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam.

19 Vgl. Eifert: Paternalismus (wie Anm. 8), S. 64 f.

wurden von der bisherigen, oben erwähnten, quantitativ ausgerichteten Wirtschaftsforschung intensiv genutzt. Die zusammenhängenden, eher erzählerisch gehaltenen Landratsberichte hingegen wurden bisher nur vereinzelt beachtet. Koselleck schreibt, dass „es kaum einen Bereich des öffentlichen Lebens [gab], der von den Berichten nicht erfasst wurde. So ließe sich – weit exakter als es in der vorliegenden Arbeit bisher versucht wurde – eine minutiöse und kontinuierliche Darstellung liefern von dem langsamen Wechsel, plötzlichen Veränderungen und dauerhaften Zuständen, deren Beaufsichtigung oder Steuerung den Regierungen oblag.“²⁰ Aufgrund dieser Komplexität der Inhalte und der umfassenden Perspektive sowie des Umstandes, dass ein Teil dieser Berichte als eine wichtige Basis für (wirtschafts-)politische Entscheidungen der preußischen Regierung diente, sind sie eine hervorragende Quelle für die Zielsetzung dieser Untersuchung, wie sich bereits aus der entsprechenden Verordnung der preußischen Regierung an die Regierungsbezirke ergibt:

Hans Freiherr von Berlepsch (1843–1926), Staatsminister im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe von 1890–1896, das seit seiner dauerhaften Etablierung im Jahre 1848 die Kompetenzen der preußischen Wirtschaftsverwaltung bündelte und umfangreiche Aktivitäten zur Förderung von Wirtschaft und Technik entwickelte,²¹ verfolgte mit seinem Erlass an den Oberpräsidenten von Brandenburg, Heinrich von Achenbach (1829–1899, Oberpräsident von 1879 bis 1899) vom 11. Juni 1893, den er am 18. Juli 1893 konkretisierte, über die „Berichte zur Lage der Industrie“ folgende Ziele:

„Die Berichte werden, wie bisher, eine gedrängte Darstellung des Standes der Hauptindustriezweige zu geben, dabei die Veränderungen der Lage gegenüber dem Vorjahre hervorzuheben und die Aussichten der einzelnen Industriezweige für die nächste Zukunft, insbesondere den Schluß des Winters zu erörtern haben. Namentlich werden uns Mittheilungen darüber zu machen sein, ob und in welchem Umfange in den Hauptindustriezweigen Betriebseinstellungen, Arbeiterentlassungen, Verkürzungen der Löhne und der Arbeitszeit stattgefunden haben oder in naher Aussicht stehen.“²²

Die Berichte sollten den Zeitraum von November des Vorjahres bis Oktober umfassen und waren jeweils zum Jahresende zu erstellen, wobei der Abgabetermin mehrfach verändert wurde. Die Berichte wurden zumeist von den Landräten erstellt²³, da bei ihnen detaillierte Kenntnis der regionalen und lokalen Verhältnisse von Industrie und Gewerbe vorausgesetzt wurde. Die Oberpräsidien sollten dann bei ihrer weiteren Bearbeitung Gewerbe- und Regierungsräte hinzuziehen. Um den erheblichen Arbeitsaufwand für die Landräte vor Ort zu begrenzen – tatsächlich kam es im Laufe der Jahre immer wieder zu Verzögerungen bei der Abgabe der Berichte, da die befragten Unternehmen nicht oder nur verspätet auf die amtliche Erhebung reagierten²⁴ –, stand es den Berichterstattern frei, solche Betriebe oder Unterneh-

20 Koselleck: Preußen (wie Anm. 6), Exkurs III, S. 669.

21 Vgl. Wirth: Das preußische Ministerium (wie Anm. 10), S. 69–93; Hans-Heinrich Borchard (Bearb.): 50 Jahre Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe 1879–1929. Berlin 1929, S. 39–45; Herbert Buck (Bearb.)/Christiane Brandt-Salloum (Hg.): Ministerium für Handel und Gewerbe – Spezialinventar, Nachtrag Band 1 und 2 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Arbeitsberichte 5). Berlin 2004. Die Geschichte des Ministeriums ist bisher nur in kleinen Ausschnitten erforscht, zumal es sich bei der Arbeit von Borchard (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Regierungsrat im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe) um eine Selbstdarstellung des Ministeriums handelt.

22 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLha), Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 50, fol. 212.

23 Manchmal wurden die Berichte auch von anderen lokalen (Polizei-)Behörden erstellt, etwa wenn kein Landrat amtierte.

24 Vgl. u. a. Brief des Königlichen Landrats des Kreises Westhavelland, Walther Philipp Franz von Miquel (1869–1945), der von 1900 bis 1909 als Landrat amtierte, an den Regierungspräsidenten zu Potsdam vom 26. Oktober 1906 mit der Bitte um Fristaufschub für die Abgabe des Bericht sowie gleich lautendes Schreiben vom 28. Oktober 1907, in: BLha, Rep 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 59, fol. 305 sowie Nr. 60, fol. 11.

mensgruppen zu erheben, die sie im Hinblick auf die gesamte Entwicklung des jeweiligen Wirtschaftssektors für repräsentativ hielten.²⁵

Die Landräte zeichneten also ein Bild der wirtschaftlichen Lage von Industrie und Gewerbe in der Region, das überwiegend auf den Rückmeldungen der befragten Unternehmer und Gewerbetreibenden beruhte und somit einen großen empirischen Gehalt besitzt, aber dennoch subjektiv von der Wahrnehmung des jeweiligen Landrats geprägt ist. Dieser gewichtete oder selektierte Informationen nach seinen Interessen, etwa um die Belange seiner Klientel in den Vordergrund zu stellen. Dieser Gestaltungsfreiheit setzten die (Ober-) Regierungspräsidien regelmäßig Grenzen und verlangten wiederholt vor allem eine bessere empirische Fundierung,²⁶ was allerdings nicht oft erreicht wurde. Eine quantitative Auswertung des Materials ist somit nicht möglich. Trotz dieser Einschränkungen geben die Berichte qualitativ interessante Aufschlüsse über die wirtschaftliche Entwicklung der Region sowie die wirtschaftspolitische Bedeutung der Landräte, wie im Folgenden gezeigt wird.²⁷

Das Westhavelland war im Untersuchungszeitraum ein strukturschwaches, agrarisch geprägtes Gebiet mit wenigen industriellen (Wachstums-)Kernen. Das wichtigste industrielle Zentrum war neben der benachbarten Stadt Brandenburg (seit 1881 nicht mehr im Landkreis) vor allem die Kreisstadt Rathenow mit ihren optischen Industrie- und Gewerbebetrieben, die seit 1801 entstanden waren und ab Mitte des Jahrhunderts vor allem aufgrund der wachsenden Bedeutung von Bildung und Wissenschaft sowie des Zeitungs- und Buchdrucks einen rasanten Aufschwung erfuhren.²⁸ Der Berichterstatter, Landrat Friedrich Wilhelm von Loebell (1855–1931, von 1889 bis 1900 amtierender Landrat im Kreis Westhavelland) schildert die optischen Betriebe als leistungsstark und exportorientiert. Er bemüht sich hier wie an anderen Stellen seines Reports um eine sachliche Einschätzung der wirtschaftlichen Situation, was auch seine vielen Hinweise auf die Marktzusammenhänge verdeutlichen.

Die Lage im Jahre 1893 habe sich durch die Zollerhöhungen in den Nachbarländern Schweden, Schweiz und Österreich erheblich verschlechtert. Von besonderem Nachteil sei der anhaltende Zollkrieg mit Russland, was nicht nur die Absatzzahlen schmälere sondern zu einer erheblichen Gewinnreduktion führe, da die Lieferanten einen Großteil der höheren Zölle finanzieren müssten. Loebell konstatiert, dass die Unternehmer bei weiter anhaltenden Auseinandersetzungen mit Russland in Sachen Zollabkommen den kompletten Zusammenbruch dieses Absatzmarktes befürchteten, da besonders die starke französische Konkurrenz in die entstandene Lücke trete. Die Lage in der optischen Industrie und beim Landmaschinenbau,

25 Vgl. Freiherr von Berlepsch: Erlass vom 18. Juli 1893, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 50, fol. 212.

26 Vgl. Erlass des Oberpräsidenten von Brandenburg, Heinrich von Achenbach, an den Regierungspräsidenten in Potsdam, Graf Robert Hue de Grais (1835–1922, von 1889 bis 1900 Regierungspräsident in Potsdam), vom 16. Januar 1895 sowie die Verfügung des Letzteren an die Landräte und lokale Behörden vom 30. Januar 1895, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 51, fol. 2 u. 3 f.

27 Da Landräte und die anderen lokalen Behörden u. a. für die amtliche Wirtschafts- und Finanz-Statistik zahlreiche Informationen sammeln und aufbereiten mussten, erschien einigen Berichterstattern diese Teilaufgabe vielleicht als retardierend. In jedem Falle sind die untersuchten Berichte zur Lage der Industrie so verlässlich, wie andere (statistische bzw. quantitative) amtliche Quellen seit Beginn der statistischen Aufzeichnung in Preußen im 18. Jahrhundert. Zur Frage der Validität von amtlichen Daten in Brandenburg vgl. Wolfgang Scharfe: Brandenburg in der Gewerbekarte. Statistische Grundlagen und kartographische Darstellung. Konstruktionsbeschreibung der Kartenblätter „Gewerbe in Brandenburg um 1800“ und „Gewerbe in Brandenburg um 1875“, in: Büsch: Industrialisierung (wie Anm. 5), S. 3–34, hier 10–22).

28 Vgl. Renger: Optische Industrie Anstalt (wie Anm. 5), S. 1–6; Otto Büsch: Das brandenburgische Gewerbe im Ergebnis der „Industriellen Revolution“. Regionalstatistisch-wirtschaftshistorische Erläuterungen zum Kartenblatt „Gewerbe in Brandenburg 1875“, in: Ders.: Industrialisierung (wie Anm. 5), S. 63–143, hier 75–132.

der ebenfalls unter dem Wegfall des russischen Marktes leide, sei deshalb angespannt, auch wenn noch nicht mit Entlassungen gerechnet werde. Auf dem inländischen Absatzmarkt sei in beiden Branchen keine verstärkte Nachfrage zu erwarten, welche die Verluste im Exportgeschäft ausgleichen könne.²⁹ Es erscheint konsequent, wenn Loebell folgert: „Für Rathenow ist also eine Einigung mit Rußland in handelspolitischer Beziehung von ganz besonderer Wichtigkeit.“³⁰ Der Landrat ergreift somit für die Interessen der optischen Industrie Partei, da er ohne entsprechendes Abkommen zwischen Deutschland und Russland um deren Zukunft fürchtet.

Es ist bemerkenswert, wie stark die beiden genannten Branchen bereits international vernetzt und anfällig für (zoll-)politische Störungen waren und wie bewusst dies auch dem zuständigen Landrat war. Das ist ein Indiz für dessen intensive Beschäftigung mit der Materie und den Versuch einer Einordnung ökonomischer Interdependenzen zur Vorbereitung von Entscheidungen sowie einer Bewertung früherer Maßnahmen. Es zeichnet sich ab, dass der Landrat seine Aufgabe also nicht nur darin sah, die Wirkungen gesetzlicher bzw. politischer Maßnahmen auf die lokale Wirtschaft aufzuzeigen, sondern auch den Zusammenhang mit dem Geschehen auf den Märkten, die bereits damals trotz schlechter Verkehrswege bis in die preußische Provinz hinein offensichtlich bereits in hohem Maße international vernetzt waren, was – wie noch zu zeigen ist – nicht nur für die optische Industrie galt. Insofern lässt sich die These formulieren, dass der zuständige Landrat gegenüber Unternehmen im Landkreis als Gesprächspartner und Interpretationshelfer für (internationale) wirtschaftliche Zusammenhänge fungierte.

Diese Haltung nahm der Landrat auch gegenüber der Mühlenindustrie ein, die aus Kartoffeln und Getreide Stärkeprodukte herstellte und zur Gewährleistung von hochwertigen Produkten auf den Import von ausländischem Getreide (v. a. aus Russland) angewiesen war, etwa um Ernteausfälle oder mangelnde Fruchtqualität im Inland zu kompensieren. Die Mühlenindustrie war nach dem vorliegenden Bericht im Gegensatz zur optischen Industrie an Freihandel interessiert, da sie auf die Absatzmärkte in den europäischen und amerikanischen Staaten auswich, um der starken europäischen Konkurrenz vor allem aus den Niederlanden zu begegnen.³¹ Der Landrat ließ den offensichtlichen Gegensatz zu seiner Position zum deutsch-russischen Handelsabkommen respektive den Interessen der optischen Industrie stehen. Loebell konstatierte diese Divergenz sachlich, weshalb von einer einseitigen (branchen- oder schichtspezifischen) Parteinahme des Landrats zunächst nicht ausgegangen werden kann, wie auch die Berichte der folgenden Jahre dokumentieren.

Ein Jahr nach Abschluss eines neuen Handelsvertrages mit Russland³² stellte sich die Lage der optischen Industrie im Kreis Westhavelland etwas besser dar, so sei immerhin die

29 Vgl. Friedrich Wilhelm von Loebell: Bericht zur Lage der Industrie im Landkreis Westhavelland 1892–1893 vom 23. November 1893 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Graf Hue de Grais, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 55, fol. 227–234, hier 227 f., 230.

30 Ebenda, fol. 228.

31 Vgl. ebenda, fol. 230–232.

32 Die Caprivilischen Handelsverträge traten an die Stelle des Systems von Otto Fürst von Bismarck (1815–1898, Reichskanzler von 1871 bis 1890), das bis dato in den Handelsverträgen nur die Meistbegünstigungsklausel oder technische Erleichterungen, aber nicht die Höhe der Zölle festlegte. Der neue Reichskanzler Leo Graf von Caprivi (1831–1899, Reichskanzler von 1890 bis 1894) wollte mit seinen neuen Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn und Italien vor allem den Dreibund stärken. Zwar vermied Caprivi mit den Abkommen einen Zollkonflikt mit diesen Staaten, jedoch blieb die erhoffte Belebung des deutschen Im- und Exports aus. Der Anteil Österreich-Ungarns und Italiens am Außenhandel nahm sogar in der Folgezeit ab. Die Verhandlungen mit Russland über einen neuen Vertrag wurden hingegen durch diese Politik stark belastet, im Jahre 1893 fand sogar ein mehrmonatiger Zollkrieg zwischen Deutschland

Anknüpfung an die alten Liefervereinbarungen bzw. Zollkonditionen möglich gewesen. Im übrigen Ausland sei der Verkauf eingeschränkt, da die dortige Konjunktur ebenfalls ungünstig sei und speziell in Frankreich habe die starke Konkurrenz der deutschen Industrie Marktanteile abgenommen. Für Brillen und andere optische Geräte gestalte sich der Absatz, so Loebell, im Inland nach wie vor schleppend, da in der wirtschaftlichen Flaute kaum jemand hochwertige optische Produkte, die als Luxuswaren galten, kaufe.³³ Der Handelsvertrag wirke sich auch für den landwirtschaftlichen Maschinenbau positiv aus, da wieder mehr Maschinen nach Russland exportiert und so der Umsatzeinbruch im Inland weitgehend ausgeglichen würde, der durch mangelnde „Kauflust“ der Landwirte aufgrund der schlechten Vorjahresernte entstanden sei.³⁴ Loebell gibt den vorgesetzten Behörden bzw. dem Ministerium für Handel und Gewerbe also eine sehr genaue Rückmeldung zur neuen handelspolitischen Situation, was sicherlich als Beispiel für ein gelungenes Monitoring zu wirtschafts- bzw. handelspolitischen Maßnahmen gelten kann.

Unverändert schlecht stellte sich hingegen die Situation in der Mühlenindustrie im Landkreis dar, denn der mangelnde Ernteertrag an Kartoffeln und Getreide 1893 führte im Folgejahr zu einer deutlichen Erhöhung der Rohstoffkosten, während gleichzeitig die Preise für die Fertigprodukte aufgrund starker internationaler Konkurrenz sanken. Zwar sei 1894 eine bessere Ernte absehbar, doch der Trend für Mülhenerzeugnisse sei weiterhin negativ, da die Landwirte dazu neigten, das nun billige Getreide direkt zu verfüttern.³⁵ Der Landrat konstatierte diese kritische Situation lediglich, ohne Subventionen oder geeignete zollpolitische Maßnahmen zu fordern, was naheliegt, wenn man eine bestimmte, feudalistische Sicht einnimmt – er figurierte hier somit keineswegs als Klientelpolitiker, sondern berichtete gleichermaßen sachlich über problematische wie positive Tendenzen.

In den anderen Branchen stellte sich die Situation im Jahre 1893 differenziert dar. In der Holzwirtschaft sei ein niedriges Preisniveau infolge eines Überangebots von Holz und Holzprodukten zu beobachten. Es standen Kurzarbeit und Entlassungen bevor. Abhilfe sei, so Loebell, nicht in Sicht. Einzig der Bau einer Eisenbahnlinie Neustadt – Rathenow – Brandenburg – Zerbst könne die Situation bzw. die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessern und Wachstumsimpulse setzen³⁶ – was damals natürlich auch für andere Branchen galt, die Massengüter wie Bau- und Rohstoffe oder Textilien herstellten.³⁷ So litten auch die kreisansässigen Ziegeleien um Rathenow, ebenfalls ein relevanter Wirtschaftsfaktor bereits seit dem

und Russland statt. Als schließlich der neue Handelsvertrag Anfang 1894 ratifiziert wurde, gewannen die Handelsbeziehungen beider Länder deutlich. Der Warenaustausch verdoppelte sich nahezu bis 1899, vgl. Born: Wirtschafts- und Sozialgeschichte (wie Anm. 1), S. 129–132.

33 Vgl. Friedrich Wilhelm von Loebell: Bericht zur Lage der Industrie im Landkreis Westhavelland 1893–1894 vom 30. November 1894 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Graf Hue de Grais, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 55, fol. 465–488, hier 465 f., sowie ders.: Bericht zur Lage der Industrie im Landkreis Westhavelland 1894–1895 vom 24. Oktober 1895 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Graf Hue de Grais, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 56, fol. 17–20, hier 17.

34 Vgl. Loebell: Bericht 1893–1894 (wie Anm. 33), fol. 467.

35 Vgl. ebenda, fol. 468.

36 Vgl. Loebell: Berichte 1892–1893 u. 1894–1895 (wie Anm. 29 u. 33), fol. 229 u. fol. 17–19. Loebell zeigte sich hier auf der Höhe der zeitgenössischen Diskussion, denn zwei Vertreter der älteren Historischen Schule, Karl Kies (1821–1898) und Gustav Cohn (1840–1919), hatten erste Untersuchungen zur Bedeutung der Eisenbahn für die Industrialisierung durchgeführt und gezeigt, dass die Eisenbahn nicht nur Folge, sondern auch Impulsgeber für die Industrialisierung war; vgl. Rainer Gömmel: Handel und Verkehr, in: Schulz u. a. (Hg.): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 1), S. 133–145, hier 136 f.

37 Vgl. dazu v. a. Fremdling: Eisenbahnen (wie Anm. 3). Die Eisenbahnen verbilligten den Transport v. a. von Massengütern, wodurch die Produktionskosten in vielen Bereichen sanken. Außerdem vergrößerten sie den Absatzmarkt bei gleichen Kosten um ein Vielfaches.

16. Jahrhundert, unter der mangelnden Anbindung der Region an den Großraum Berlin – ihren Hauptabsatzmarkt. Dies äußerte sich vor allem im Sommer immer dann besonders nachteilig, wenn die Schifffahrt aufgrund von Niedrigwasser eingeschränkt oder gar eingestellt wurde. Die Ziegel, Mauer- und Verblendsteine erreichten so ausgerechnet in einer Bau-Hochkonjunkturphase nicht mehr pünktlich ihre Abnehmer bzw. die Ziegelerde nicht mehr die Fabriken, was sich regelmäßig in Produktions-, Absatz- bzw. Ertragseinbußen bemerkbar machte. Hier wird deutlich, dass der Landrat bis zu einem gewissen Grad industrielle Interessen vertrat. Dies jedoch keineswegs einseitig und undifferenziert – Loebell schlug die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur nicht ohne die Forderung an die Ziegelindustrie vor, ihre Wettbewerbssituation zu überprüfen, denn für den starken Preisverfall sei die herrschende Überproduktion hauptverantwortlich.³⁸ Insofern lässt sich diese Haltung des Landrats als Beleg für eine adäquate Moderation von Wirtschaftsinteressen bewerten: Von der geforderten Bahnlinie profitierte fast die gesamte Wirtschaft im Kreis. Gleichzeitig war Loebell weitsichtig genug, der Ziegelindustrie Investitionen zu empfehlen, da er erkannte, dass die bessere Verkehrsanbindung dauerhaft nicht ausreichte, um die Konkurrenzfähigkeit zu sichern.

In den Jahren 1894 und 1895 setzte sich die Krise der Holz- und Ziegelbetriebe weiter fort, so dass sich die Kreisvertretung 1894 zu einer (indirekten) Subvention der letzteren Branche entschloss: Die bereits projektierte Chaussee von Premnitz nach Pritzerbe sollte nun mit Klinkern ausgestattet werden. Inwiefern der verantwortliche Landrat Loebell diese Maßnahme tatsächlich initiierte oder förderte, lässt sich anhand der vorliegenden Quellen nicht mehr exakt sagen. Wahrscheinlich ist nach der Diktion der Berichte, dass er sich zumindest neutral bis wohlwollend verhielt. Diese Staatshilfe führte nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Branchensituation, sondern ermöglichte nur einigen Ziegeleien knapp das Überleben, andere gingen dagegen trotzdem in die Insolvenz – im Jahre 1895 sank die Produktion um ein Drittel.³⁹

Das Beispiel zeigt, dass offenbar schon im 19. Jahrhundert die Subventionierung von einzelnen Branchen grundsätzlich die Marktkonsolidierung nicht verhinderte, sondern im günstigsten Fall hinauszögerte bzw. die unvermeidliche Strukturanpassungskrise vertiefte. Besser war es, wirtschaftspolitische Maßnahmen allgemein zu begründen, etwa wie Loebell die Modernisierung der Verkehrswege zur Verbesserung der (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit forderte. Auch in den folgenden Jahresberichten verwies der Landrat immer wieder auf die internationale Konkurrenzsituation, welche bei der Bewertung der wirtschaftlichen Situation bzw. der Begründung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen bzw. erfolgsorientierten Investitionen maßgeblich sei. Loebell gerierte sich abermals als Ratgeber für staatliche und private Wirtschaftsakteure.

Um die Jahreswende 1895/96 setzte für die optische Industrie in Rathenow und Umgebung, die zu diesem Zeitpunkt 163 Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe umfasste, ein Aufschwung ein, der zu guter Auslastung führte. Allerdings vermerkt der Bericht, dass die Konjunktur noch instabil sei, weil der Auftragseingang schwach bzw. stark schwankend sei. Auch der Landmaschinenbau verzeichnete eine positive Entwicklung, da der inländische Absatz angezogen habe.⁴⁰ Der Aufwärtstrend für optische Geräte und Brillen hielt auch im

38 Vgl. Loebell: Bericht 1892–1893 (wie Anm. 29), fol. 232–234; Geschichte Rathenow (Übersicht), 17 S., <http://www.rathenow.de/Geschichte.10.0.html>, letzter Zugriff 28.4.2010, hier S. 12.

39 Vgl. Loebell: Bericht 1893–1894 (wie Anm. 33), fol. 470.

40 Vgl. Friedrich Wilhelm von Loebell: Bericht zur Lage der Industrie im Landkreis Westhavelland 1895–1896 vom 26. Oktober 1896 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Graf Hue de Grais, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 56, fol. 131–133, hier 131, sowie: Die Geschichte der optischen Industrie (Übersicht), 4 S., <http://www.rathenow.de/Geschichte.10.0.html>, letzter Zugriff 28.4.2010, hier S. 3.

folgenden Jahr trotz starker Konkurrenz im Inland und aus Frankreich, England sowie den USA weiterhin an. Insbesondere die kostengünstigen US-amerikanischen Massenprodukte machten der einheimischen Industrie das Leben schwer. Der Berichterstatter beklagt zwar Umsatzeinbrüche in Norwegen, die von den dortigen Zollerhöhungen auf optische Produkte verursacht worden seien, fordert diese aber selbst für Produkte aus den USA, da er ansonsten eine „erhebliche Schädigung der hiesigen Fabrikation“ erwarte.⁴¹ Insofern zeigt der Landrat zumindest an diesem Punkt keine klare Position zur Frage der Besteuerung von Ein- und Ausfuhren – wengleich man retrospektiv ja auch keine differenzierte Diskussion der komplexen Vor- und Nachteile der Zollpolitik erwarten kann. Die Befürwortung von deutschen Zollerhöhungen bei gleichzeitiger Kritik an der norwegischen Politik durch den Landrat, entsprach sicherlich der lokalen Interessenlage und lässt sich entsprechend als politische Parteinahme einordnen.

Grundsätzlich bemühten sich die Landräte in den untersuchten Berichten aber um eine ausgewogene Analyse der Wirtschaftslage. Weiterhin krisenhaft präsentierten sich 1895/96 die Holzwirtschaft, die Ofen-Fabrikation und die Mühlenindustrie, wobei der Landrat die Ursachen zum Teil in den genannten strukturellen Problemen bzw. in saisonalen Gründen sah, nämlich einer verregneten Getreideernte.⁴² Im Jahre 1897 setzte auch in der Holzindustrie eine Besserung ihrer Wettbewerbssituation ein. Zwar litt sie nach wie vor unter niedrigen Preisen vor allem im Möbelsegment – schon damals erwies sich, wie der Bericht selbstkritisch konstatiert, der subventionierte staatliche Bereich als Wettbewerbshemmnis, da die billigen Möbel der Strafanstalten das Preisniveau absenkten –, verbuchte jedoch eine gute Produktionsauslastung und Auftragslage. Als Wachstumsbremse erwiesen sich einmal mehr die unzureichende Verkehrsanbindung bzw. mangelnde Transportkapazitäten der Eisenbahn, d. h. gravierender Wagenmangel und zu geringe Zwischenlagermöglichkeiten. Dies führe in der Holz- und in der Ziegelindustrie zu Umsatz- und Auftragseinbußen, da es oft nicht möglich sei, (besonders kurze) Lieferfristen einzuhalten.⁴³

Im gleichen Zeitraum erreichte die Ziegelindustrie eine leichte Verbesserung, wozu die lebhaftere Bautätigkeit in Berlin wesentlich beitrug. Der Aufschwung war aber nicht so deutlich, dass die Preise für die verschiedenen Steinprodukte stiegen. Der Landrat machte hierfür die wachsende Konkurrenz der kostengünstigeren Zementziegel (vor allem aus Neu-Ruppin) verantwortlich, welche die Lehm- und Tonziegel zunehmend verdrängten. Die Unternehmer bildeten deshalb im Herbst 1896 eine „Convention der Hintermauerungs-Stein-Fabrikanten“, welche die Produktion ihrer Mitgliedsunternehmer sofort um 40 Prozent senkte und so Absatz und Preisniveau zunächst sicherte.⁴⁴ Diese Kartellbildung auf regionaler Ebene schildert der Bericht sachlich neutral bis positiv, da der Zusammenschluss die Überproduktion beendete und sich die Situation der Betriebe zumindest kurzfristig besserte.⁴⁵ Außerdem war damals Kritik an den negativen Wettbewerbseffekten von Kartellen noch nicht entwickelt – die Kartellierung prägte ja dann auch die Entwicklung vieler Branchen in Deutschland in den

41 Vgl. Friedrich Wilhelm von Loebell: Bericht zur Lage der Industrie im Landkreis Westhavelland 1896–1897 vom 29. Oktober 1897 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Graf Hue de Grais, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 56, fol. 298–301, hier 298; der Bericht ist im Auftrag Loebell's von Regierungs-Assessor Walther Philipp Franz von Miquel (1869–1945), dem späteren Nachfolger im Landratsamt von 1900 bis 1909, unterzeichnet.

42 Vgl. Loebell: Bericht 1895–1896 (wie Anm. 40), fol. 131–133.

43 Vgl. Loebell: Bericht 1896–1897 (wie Anm. 41), fol. 298–300.

44 Vgl. ebenda, fol. 301.

45 Vgl. Friedrich Wilhelm von Loebell: Bericht zur Lage der Industrie im Landkreis Westhavelland 1897–1898 vom 9. November 1898 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Graf Hue de Grais, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 57, fol. 87–90, hier 89.

kommenden Jahrzehnten.⁴⁶ Der Landrat bewertete diese Strukturveränderung neutral und kurzfristig positiv, ohne jedoch für das Kartell Partei zu ergreifen oder die Übertragung dieses Modells auf andere Branchen zu fordern.

Überhaupt zeigen sich die Berichte der Landräte weit überwiegend sachlich und vor allem ergebnisorientiert in den Kommentaren oder Vorschlägen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen bzw. Verbesserungsmöglichkeiten, wie auch im weiteren Verlauf deutlich wird. In den Jahren 1898 und 1899 konstatierte Landrat Loebell wiederholt die sinkende Rentabilität der optischen Industrie, auch wenn diese nach wie vor auf einem befriedigenden Produktions- und Beschäftigungsniveau verharre:

„Ob jedoch die Produktionen nicht nachlassen und die Arbeiter zu den bisherigen Löhnen Beschäftigung finden werden, ist fraglich, da die Verkaufspreise sehr gedrückt sind und noch weiter sinken dürften, sodaß damit, der Artikel für die Fabrikation und den Zwischenhandel immer weniger lohnend eine Rückwirkung auf die allgemeinen Erwerbsverhältnisse direkt und indirekt zur Folge haben muß. Der Grund ist darin zu sehen, daß in den letzten Jahren außerhalb Rathenows in anderen Orten Deutschlands sich die Konkurrenz Fabrikation wesentlich vermehrt hat, vor allem aber das Ausland, namentlich Frankreich und Amerika, durch Preisunterbietung unter dem Schutze des minimalen Eingangszolles für optische Waren, den deutschen Markt zu überschwemmen sucht.“⁴⁷

Umgekehrt seien im Ausland die Zölle ungleich höher, in den USA betrage der Einfuhrzoll etwa 40 Prozent des Warenwerts. Zudem sei in Rathenow selbst ein ruinöser Wettbewerb zwischen den optischen Betrieben im Gange. Loebell schildert weiterhin, dass sich zwei große Unternehmen bemühten, auf diese harte Konkurrenz durch Investitionen in die Mechanisierung zu reagieren – freilich sei er skeptisch, ob sich dies noch auszahle.⁴⁸ Der Landrat verhält sich in diesem Konflikt neutral und versucht nicht einen Lösungsvorschlag zu formulieren. Loebell beschränkt sich hier fast schon idealtypisch auf eine Mediatorenrolle, wenngleich er sich in der negativen Einschätzung der Investitionen in der optischen Industrie irrte.

Der kleine Aufschwung der Holzindustrie setzte sich in den Jahren 1898 und 1899 weiter fort – nicht zuletzt aufgrund behördlicher Aufträge: Die gute Auslastung der Produktion führte 1898 zum Streik mit teilweise „frivolen“ Lohnforderungen, wie der Landrat empört feststellte, die jedoch nicht durchgesetzt wurden. Dennoch verzeichnete nach Loebell die Rentabilität in der Holzbranche aufgrund des zunehmenden Kostendrucks Einbußen. An dieser Stelle wird erstmals tendenziell erkennbar, dass sich der adelige Landrat für die Belange der Holzwirtschaft einsetzt, die lange vom Adel dominiert wurde. Dies wird weniger durch die Kritik an den gewerkschaftlichen Positionen sichtbar als durch die beiläufig erwähnten staatlichen Aufträge an die Holzindustrie. Dagegen ließ Loebell keinen Zweifel daran, dass seiner Ansicht nach Wohl und Wehe der Holzwirtschaft eher von der internationalen Konkurrenzsituation bzw. Absatzmärkten abhängen, womit er die Bedeutung der staatlichen Förderung relativierte.

Auch der Landmaschinenbau profitiere, so der Landrat, von weiter wachsender Nachfrage, vor allem aus dem Ausland, namentlich aus Russland und Österreich.⁴⁹ Positiv wirke

46 Vgl. u. a. Jürgen Hoffmann: Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur. Politische Soziologie der europäischen und der deutschen Geschichte. 3. Aufl., Münster 2009, S. 236 ff.

47 Loebell: Bericht 1897–1898 (wie Anm. 45), fol. 87; vgl. auch Friedrich Wilhelm von Loebell: Bericht zur Lage der Industrie im Landkreis Westhavelland 1898–1899 vom 25. Oktober 1899 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Graf Hue de Grais, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 57, fol. 211–213, hier 211 f.

48 Vgl. Loebell: Bericht 1897–1898 (wie Anm. 45), fol. 87 f.

49 Vgl. ebenda, fol. 88; Loebell: Bericht 1898–1899 (wie Anm. 47), fol. 211 f.

auch das „Ziegelkartell“, da das Preisniveau für Mauersteine stabil bzw. die Zeiten der Überproduktion und Dumpingpreise vorbei seien, zumal sich die von den Ziegeleien gebildete Verkaufsgenossenschaft bewährt habe⁵⁰ – Loebell gelangt also im Laufe der Zeit zu einer positiven Beurteilung der Kartellbildung. Dies in Verbindung mit den erwähnten Subventionen für bestimmte Wirtschaftszweige stützt sicherlich die Hypothese, dass der Landrat zumindest teilweise eine Klientelpolitik verfolgte – allerdings sollte nicht verkannt werden, dass diese sich immer um die Balance zu übergeordneten Interessen und Entwicklungen bemühte und sich in den hier ausgewerteten Quellen an keiner Stelle in irgendeiner Weise autokratisch oder gar selbstherrlich zeigte.

Letztlich erhielten stets neue wirtschaftliche Wachstumsimpulse die positivsten Bewertungen durch Loebell. So stellte er zufrieden fest, dass eine neu gegründete Asbest- und Gummifabrik sich bereits gut etabliert und ihre Mitarbeiterzahl binnen Jahresfrist von 50 auf 80 gesteigert habe. Die Asbest- und Gummiproduktion erfreue sich, so die Prognose des Landrats, guter Zukunftsaussichten, da elektrische Isolationsprodukte zunehmende Nachfrage infolge der rasanten Elektrifizierung aller Lebensbereiche erführen. Lediglich bei einem Artikel, dem „Vulkanfiber“ sei die amerikanische Konkurrenz so stark, dass die Produktion abnehme.⁵¹ Bereits im folgenden Jahr machte sich der Wettbewerb auch bei den anderen Produkten bemerkbar, was an seiner positiven Einschätzung für die Asbest- und Gummifabrik zunächst nichts änderte.⁵² Der Landrat erkannte hier also einen wirtschaftlichen Entwicklungspfad, den er positiv bewertete und dessen Ausbau er den übergeordneten Behörden bzw. der preußischen Regierung nahelegte.

Der Landrat avancierte damit zu einem Verstärker von Wachstumsperspektiven, während indifferente oder krisenhafte Entwicklungen in anderen Branchen eher abwartend beobachtet wurden, wie das Beispiel der optischen Industrie zeigt: Bis zu den Jahren 1902/1903⁵³ variierte deren Zustand nur geringfügig:

„Die bereits seit einigen Jahren im Inland bestehende allgemeine Geschäftsstille machte sich auch für das verflossene Halbjahr in der optischen Industrie noch unangenehm bemerkbar. Die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung hatte zur Folge, dass besonders in den besseren Luxusartikel, die einen nicht unbedeutenden Teil dieser Fabrikation ausmachen, die Nachfrage verhältnismässig gering war, während bei den billigeren Consumartikeln sich der Druck weniger fühlbar macht.“⁵⁴

Die Auslandsnachfrage beschreibt der neue Landrat Walther Philipp Franz von Miquel (1869–1945, von 1900 bis 1909 Landrat im Westhavelland) als nach wie vor gut, die Löhne seien stabil und die Produktivität etwas verbessert – übrigens variierten der Inhalt und die überwiegend sachliche Diktion der Berichte zwischen den beiden Autoren nur geringfügig.

Die internationale Verflechtung der Wirtschaft nimmt auch in der Betrachtung des neuen Amtsinhabers einen unverändert hohen Stellenwert ein, und so schildert der Landrat diese ebenfalls für den Landmaschinenbau als entscheidend: Die Aussichten seien vor allem aufgrund der Auslandsnachfrage besser, allerdings stiegen die Löhne aufgrund „auswärtiger Agitation“ deutlich. Ebenso wie Loebell macht Miquel aus seiner gewerkschaftskritischen

50 Vgl. Loebell: Bericht 1898–1899 (wie Anm. 47), fol. 213.

51 Vgl. Loebell: Bericht 1897–1898 (wie Anm. 45), fol. 89 f.

52 Vgl. Loebell: Bericht 1898–1899 (wie Anm. 47), fol. 213.

53 Für die Jahre von 1900 bis 1902 sind keine Berichte aus dem Landkreis Westhavelland überliefert.

54 Walther Philipp Franz von Miquel: Bericht zur Lage der Industrie 1902–1903 vom 26. Oktober 1903 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Rudolf Graf von der Schulenburg (1860–1930, von 1903 bis 1914 Regierungspräsident in Potsdam), in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 59, fol. 81–83, hier 81.

Haltung kein Geheimnis. Im Unterschied zu seinem Vorgänger hält er sich aber mit Subventionsvorschlägen für landwirtschaftliche Wirtschaftszweige zurück: Die von saisonalen Schwankungen abhängigen Holz- und Mühlenbetriebe stellten sich in den Jahren 1902/03 relativ robust dar. Die Holzbranche habe eine gute Auftragslage, indes seien die Holzpreise sehr hoch, weshalb Miquel lediglich eine gezielte Senkung der Einfuhrzölle für Hölzer vorschlug. Die Mühlenindustrie habe aufgrund der schlechten Erntequalität 1902 durch Importe trockenen ausländischen Getreides den nötigen Produktionsstandard gesichert. 1903 könne auf diese Einfuhren verzichtet werden, da Menge und Qualität der einheimischen Ernte von Getreide und Kartoffeln gut seien. Preise und Absatz gestalteten sich ebenfalls gut.⁵⁵ Gegenüber landwirtschaftlichen Interessen nahm der neue Landrat somit eine etwas neutralere Stellung ein als sein Vorgänger.

In seiner Bewertung des Ziegelkartells war Miquel sogar eher kritisch: So verlören in der Ziegelindustrie die positiven Effekte der Kartellbildung – d. h. ein befriedigender Absatz zu effizienten Preisen – allmählich ihre Wirkung, denn Absatz und Preise der verschiedenen Steine entwickelten sich differenzierter als zuvor: So sei der Verkauf 1902/03 von Hintermauer- und Verblendsteinen stabil, während die Preise bei Mauersteinen sich trotz starker Nachfrage nach unten entwickelten, da die Konkurrenz sich mittlerweile auf die Kartellpolitik eingestellt hätte. Die Gesamtsituation der Branche beurteilte Miquel zwar noch als gut, jedoch hätten zwei Unternehmen die Geschäfte eingestellt.⁵⁶ Im folgenden Jahr rettete die stark zunehmende Bautätigkeit in Berlin die Ziegeleien, da die Nachfrage nach Steinen aller Art und die Preise aufgrund der geringen Lagerbestände ebenfalls rapide wuchsen.

Erneut behinderte jedoch die mangelnde Verkehrsinfrastruktur die Produktion, da aufgrund des niedrigen Wasserstandes der Havel im Sommer sowohl die Lieferung von Ziegelerde als auch der Transport der fertigen Waren teilweise zum Erliegen kam. Die Ziegelindustrie war auf die kostengünstige Binnenschifffahrt angewiesen. Das damals notwendige Ausweichen auf die Eisenbahn – seit 1904 war auch die Brandenburgische Städtebahn Treuenbrietzen – Belzig – Brandenburg – Rathenow – Neustadt an der Dosse in Betrieb,⁵⁷ die der vorherige Landrat Loebell mit initiiert hatte – und auf Fuhrwerke verteuerte Produktion und Absatz, so dass die Betriebe 1904 nur mit Verlust arbeiten konnten. Die Behörden reagierten mit der Ausbaggerung der Havel im weiteren Verlauf des Jahres 1904 nach Meinung des Landrats zu spät auf diesen – lange bekannten – Missstand.⁵⁸ Indirekt kritisierte Miquel damit auch seinen Vorgänger, welcher ja in der Eisenbahn die Lösung des strukturellen Wettbewerbsnachteils gesehen hatte. Miquel adjustierte aufgrund der nun vorhandenen Erfahrungen die Vorschläge des Kreises zur weiteren Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur neu. Er präferierte den Ausbau der Schifffahrtswege, die den Transport von Massengütern zu günstigen Preisen gewährleisteten, was für die ansässige Land- und Bauwirtschaft grundlegend war. Die explizite Kritik am Arbeitstempo der zuständigen Behörden illustriert, dass die neue landrätliche Prämisse mit anderen übergeordneten Interessen kollidierte und Miquel diesem Konflikt nicht auswich.

Abgesehen von diesem wirtschaftspolitischen Richtungswechsel markieren die Berichte weiterhin die Grenzen der Wettbewerbsfähigkeit der Ziegelindustrie aufgrund der Standortnachteile – trotz partieller massiver Eingriffe in den freien Wettbewerb und staatlicher Un-

55 Vgl. ebenda, fol. 81 f.

56 Vgl. ebenda, fol. 83.

57 Vgl. Schmieder: Wirtschaft (wie Anm. 5), S. 344.

58 Vgl. Walther Philipp Franz von Miquel: Bericht zur Lage der Industrie 1903–1904 vom 31. Oktober 1904 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Rudolf Graf von der Schulenburg, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 59, fol. 201–204, hier 203 f.

terstützung. Der spätere Niedergang, den Schmieder vor allem auf Veränderung des Baustils bzw. die Abwendung von Ziegelbauwerken und die Konkurrenz durch andere Baustoffe wie Zement- oder Kalksteine zurückführt,⁵⁹ zeichnete sich strukturell also bereits früh ab. In den folgenden Jahren bis 1907 antizipierten die Landratsberichte diesen Abschwung, denn trotz starker Nachfrage aus dem Berliner Baugewerbe stagnierte der Absatz der Rathenower Ziegelsteine, wobei die Preise im Durchschnitt und folglich auch die Rentabilität der Betriebe kontinuierlich sanken.⁶⁰ Der Landrat nahm zunehmend eine abwartende Haltung ein, ob die staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur zu einer Trendwende führten. Er war demnach primär Beobachter, Moderator und Ratgeber und erst in zweiter Linie Klientel- und Wirtschaftspolitiker, der mit kurzfristig ausgerichteten Aktionen Erfolge erstrebte.

Ähnlich, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen, verhielt es sich mit der optischen Industrie. Miquel begleitete – wiederum im Unterschied zu Loebell, der ja einmalig Zollerhöhungen zugunsten der optischen Industrie gefordert hatte – die aufstrebende Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges lediglich: Die optische Industrie investierte 1903/04 stark in Maschinen und technische Einrichtungen, was zu einer erheblichen Steigerung der Produktivität bzw. zur Freisetzung von Arbeitskräften führte.⁶¹ Das Rationalisierungstempo der optischen Industrie in Rathenow war folglich hoch. Möglicherweise war hierbei die räumliche Nähe bzw. Konkurrenz, aber auch der unmittelbare Austausch von Personal bzw. Know-how der zahlreichen optischen Betriebe in der Region ein gewichtiger Faktor. Durch diese Innovations- und Investitionsfähigkeit behauptete die optische Industrie in Rathenow und Umgebung weit über den Untersuchungszeitraum hinaus bis zum Zweiten Weltkrieg ihre führende Weltmarktposition, wie unter anderem folgende Schilderung illustriert:

„Wenn auch die Concurrenz aus den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, namentlich in Süd-Amerika und Australien immer schärfer einsetzt, ist es doch gelungen, den Umsatz noch etwas zu erhöhen. Das russische Geschäft läßt sich infolge des Friedens recht lebhaft an und auch in den übrigen Ländern sind die Resultate befriedigend.“⁶²

In anderen Branchen war die Bereitschaft zu Investitionen offenbar geringer. So finden sich in den Berichten häufig Hinweise auf den Mangel qualifizierten Personals zum Beispiel in der Holzindustrie, d. h. wachsende Auftragsvolumina konnten etwa in der Möbelfabrikation nur über die Einstellung neuer Arbeiter oder über Mehrarbeit realisiert werden.⁶³ Dies führte in Zeiten guter Kapazitätsauslastung zu erheblichen Lohnerhöhungen bzw. entsprechend günstigen Verhandlungspositionen der Arbeiterorganisationen gegenüber den Unternehmern auch bei der Festsetzung der Arbeitszeiten oder der Verhinderung von Kündigungen. Die

59 Vgl. Schmieder: *Wirtschaft* (wie Anm. 5), S. 331 f. In Rathenow wurden Ziegel wahrscheinlich noch bis Mitte des Ersten Weltkrieges produziert, vgl. *Geschichte Rathenow* (wie Anm. 38), S. 12.

60 Vgl. Walther Philipp Franz von Miquel: Bericht zur Lage der Industrie 1904–1905 vom 26. Oktober 1905 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Rudolf Graf von der Schulenburg, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 59, fol. 231–234, hier 234; ders.: Bericht zur Lage der Industrie 1905–1906 vom 3. Januar 1907 an den Regierungspräsidenten Potsdam, Rudolf Graf von der Schulenburg, in: BLha, Rep. 2A, Regierung Potsdam, IHG, Nr. 60, fol. 1–5, hier 4 f.

61 Vgl. Miquel: Bericht 1903–1904 (wie Anm. 58), fol. 201; ders.: Bericht 1904–1905 (wie Anm. 60), fol. 231. Ob und inwiefern diese Großinvestitionen mit den Beobachtungen der Landräte zur sinkenden Rentabilität der optischen Betriebe zusammenhängen, ist retrospektiv nicht zu klären. Wahrscheinlich ist, dass dies Amtsverständnis und Kompetenz der Landräte überstiegen hätte.

62 Miquel: Bericht 1904–1905 (wie Anm. 60), fol. 231; vgl. auch *Geschichte optische Industrie* (wie Anm. 40), S. 3.

63 Vgl. Miquel: Bericht 1903–1904 (wie Anm. 58), fol. 201; ders.: Bericht 1904–1905 (wie Anm. 60), fol. 231 f.

Unternehmer reagierten auf die zunehmende Macht der Arbeitnehmervertreter nicht, wie angedeutet, investiv, sondern mit der Gründung eines Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie im Jahre 1895, der dem im selben Jahr gegründeten „Bund der Industriellen“ beitrug.⁶⁴ An der grundsätzlichen Problematik änderte dies, wie Miquel bereits ahnte, allerdings wenig:

„Da nun nicht allein die Tischlergesellen, sondern auch in der Holzindustrie beschäftigten Arbeitern die Löhne entsprechend aufgebessert wurden, alle sonstigen Materialien aber, und namentlich das zumeist zur Verwendung kommende Kiefernholz im Preise weiter wesentlich in die Höhe gegangen sind, die Verkaufspreise der fertigen Waren aber niemals in gleichem Schritt entsprechend folgen können, ist es natürlich, daß trotz des guten Geschäftsganges die Rentabilität in den größeren Betrieben wie in den kleineren Werkstätten recht sehr zu wünschen übrig gelassen hat.“⁶⁵

Der Landrat reflektierte die Probleme in der Holzwirtschaft also realistisch und ließ durch die kritische Akzentsetzung erkennen, dass er dies den ansässigen Unternehmen auch zurück meldete. Diese erhielten so die Gelegenheit, ihre Geschäftspolitik zu überdenken, was sicherlich eine effektive Monitoring-Methode darstellt. Dieses Ideal wurde sicherlich nicht immer erreicht. So war etwa ein Unternehmer nicht einsichtig oder ein Landrat irrte sich in seiner Einschätzung. Oftmals blieb es deshalb bei der bloßen Feststellung von Problem-bereichen, wie etwa bei der wiederholt konstatierten Abhängigkeit der Mühlen- und Landmaschinenindustrie von saisonalen Schwankungen, die in beiden Fällen auf eine geringe Investitionsneigung und auf Managementdefizite hindeutet. In den Jahren 1903 bis 1907 zeigte sich diese Konstellation unverändert.⁶⁶

Zusammenfassend betrachtet bieten die vorgestellten Berichte der Landräte zur Lage der Industrie einen recht guten Überblick über das wirtschaftliche Geschehen im Kreis und eine Fülle von Details, die nur in ihren wichtigsten Aspekten aufgegriffen werden konnten. Für weiter reichende, allgemeine Schlussfolgerungen erscheint die hier zur Verfügung stehende Datenbasis zu klein. Es ist daher vorgesehen, weitere preußische Landkreise in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Zeit vergleichend zu untersuchen.

Bei aller quellenkritisch begründeten Vorsicht ergab die vorliegende Untersuchung jedoch bereits wichtige Aufschlüsse für die hier untersuchten Fragestellungen, die in weiteren Studien zu validieren sind: Der Rollenkonflikt zwischen staatlichen „Erfüllungsgehilfen“ einerseits und partiellen Vertretern/Ratgebern des Adels und Besitzbürgertums andererseits wurde von beiden Landräten relativ gut ausbalanciert, indem sie zumeist eine sachliche und neutrale Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bzw. wirtschaftspolitischen Maßnahmen vornahmen. In den wenigen Fällen, welche eine klare Parteinahme für die eigene Schicht bzw. Klientel demonstrieren, exponierte sich der Landrat nicht so weit, dass eine Ablehnung seiner Empfehlung durch die vorgesetzten Behörden oder Regierung ihn in seiner Integrität bzw. seinem Ansehen beschädigt hätte: Die Landräte dienten zumindest punktuell den Bedürfnissen von regionalen Unternehmern und Gewerbetreibenden, während die Interessen von anderen Bevölkerungsschichten wie etwa der Arbeiterschaft zwar wahrgenommen wurden, jedoch keineswegs kompiliert, diskutiert oder in adäquate sozialpolitische Anregungen umgesetzt wurden.

64 Vgl. Miquel: Bericht 1904–1905 (wie Anm. 60), fol. 232; Hans-Peter Ullmann: Der Bund der Industriellen: Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895–1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 21). Göttingen 1976.

65 Miquel: Bericht 1904–1905 (wie Anm. 60), fol. 232.

66 Vgl. Miquel: Bericht 1903–1904 (wie Anm. 58), fol. 202 f.; ders.: Bericht 1904–1905 (wie Anm. 60), fol. 233.; ders.: Bericht 1905–1906 (wie Anm. 60), fol. 1–3.

Die sequentielle Voreingenommenheit für bestimmte Wirtschaftsinteressen implizierte jedoch nicht, dass die Landräte ihre wirtschaftliche Lagedarstellung schönten bzw. Probleme kaschierten. Vielmehr zeichnen sich die untersuchten Berichte dadurch aus, dass sie sich um die deskriptive Analyse von ökonomischen Tendenzen und Zusammenhängen auf nationaler und internationaler Ebene bemühten – auch wenn sie in einigen Bereichen in Auswahl und Bewertung selektiv und subjektiv gefärbt sind. Damit herrscht in der Arbeit der Landräte sicherlich eine schichtspezifische Perspektive von Adel und Besitzbürgertum vor – von feudalistischer Selbstherrlichkeit sind die hier betrachteten Äußerungen jedoch weit entfernt. Dazu war das Bewusstsein der Komplexität und Sensitivität des Wirtschaftslebens bei den Landräten viel zu groß. Aus dieser differenzierten Perspektive heraus ist es nur konsequent, wenn einmal aufgebaute Subventionspositionen wieder aufgegeben wurden, sobald die Landräte erkannten, dass Unternehmen respektive Branchen trotz Förderung nicht erfolgreich waren. Die lokale Wirtschaftspolitik bzw. die Empfehlungen an die Regierung wurden dann neu adjustiert.

Wichtiger als die Klientel-Funktion des Landrats war zweifellos seine Bedeutung als Mediator in der Schlichtung von Konflikten zwischen ansässigen Unternehmen sowie als Ratgeber für Wirtschaft und Behörden, welche sich zur Entscheidung von Investitionen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen gern des landrätlichen Sachverstandes bedienten. Für die vorgesetzte Behörde war sicherlich, wie weitere Forschungen zeigen könnten, die komplexe Rückmeldung zu übergeordneten Vorgängen eine wichtige Hilfe beim Monitoring und der Vorbereitung weiterer Entscheidungen. Die Expertise der Landräte war nicht nur für die Diskussion über die Verteilung der knappen staatlichen Mittel relevant, sondern auch bei der informationellen Wirtschaftspolitik, welche die preußische Wirtschaftsförderung auszeichnete: Von Landräten identifizierte Wachstumspfade konnten gezielt verstärkt, Fehlentwicklungen durch Entzug von Subventionen frühzeitig korrigiert werden. Die oben beschriebene, eigenwillige Konstruktion des Landratsamts ermöglichte durch den Übertrag von Erfahrungen auf Kreisebene gewissermaßen ein „systemisches Lernen“, das ein strikt hierarchisches System im Ansatz verhindert hätte.

Jenseits dieser Ergebnisse und Hypothesen zum Landrat als wirtschaftspolitischem Faktor kam es darauf an, das Zusammenwirken von Kräften aufzuzeigen, welche in den Erläuterungen immer wieder erscheinen und die Wirtschaftsentwicklung regional bestimmten. Neben räumlichen Gegebenheiten wie der Bodenbeschaffenheit oder dem Klima sowie der Entfernung bzw. grundsätzlichen Erreichbarkeit großstädtischer Wirtschaftszentren wie vor allem Berlin oder auch Hamburg spielten die Verkehrsanbindung und Infrastruktur, Investitionsneigung, Innovationsfähigkeit und Management der Unternehmen, die Konkurrenzdichte der ansässigen Betriebe einer Branche, Kooperation und Verflechtung (Kartellierungsgrad) sowie die Bildung von Vereinigungen auf Seiten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine wichtige Rolle. Hinzu traten soziale Faktoren wie Zahl und Ausbildungsstand von (potentiellen) Arbeitern und Angestellten bzw. die generelle Beschaffenheit und Flexibilität des Arbeitsmarktes (vor allem die Konkurrenz der verschiedenen Branchen und Regionen um Arbeitskräfte), das neuerdings sogenannte „Konsumklima“ der Bevölkerung („Kauflust“ in der zeitgenössischen Bezeichnung) sowie das politische Verhalten, etwa die Neigung zu Streiks oder zur Abwanderung in andere Regionen.

In allen Berichten werden darüber hinaus der nationale und internationale Wettbewerb auf den Märkten und deren Reaktionszeit auf neue Situationen oder Produkte als bestimmende Faktoren der regionalen Wirtschaft dargestellt – dies übrigens weitgehend unabhängig davon, ob es sich um einen innovativen Bereich wie die optische Industrie oder eine Branche mit veralteten Strukturmerkmalen wie die Mühlenindustrie handelte. Wirtschaft wurde bereits

damals international gedacht und organisiert. Deshalb finden sich an vielen Stellen Diskussionen zur Zoll- und Handelspolitik auf europäischer oder internationaler Ebene – es wäre eine reizvolle Forschungsaufgabe, die Anfänge dieser Globalisierung genauer zu bestimmen.

Anschrift des Autors: Dr. Thomas Nern, Bernadottestr. 11, 14193 Berlin, E-Mail: nernthomas@aol.de